

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXVII/235

Bonn, den 11. Dezember 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	<u>Das Ultimatum aus Paris</u> De Gaulle macht ernst	35
2	<u>Pyrrhussieg</u> Kriegsopfer wurden von Regierungsmehrheit überrollt	35
3	<u>Legitimes Anliegen der Heimatvertriebenen</u> Mitarbeit an den Vorbereitungen zum Friedensvertrag Eine Förderung der Pommerischer Landsmannschaft	31
4	<u>Treffpunkt für Politik und Wissenschaft</u> Georg-von-Vollmar-Schule übergab drittes Lehrgebäude seiner Bestimmung Von Rudolf Grüner - München	41
5 - 6	<u>Mao Tse-tung rief, und alle, alle kamen ...</u> Das Treffen der "kapitalistischen Imperialisten" in Peking Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch	95

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das Ultimatum aus Paris

De Gaulle macht ernst

sp - Als Frankreichs Staatspräsident de Gaulle im Juli dieses Jahres erklärte, entweder würden sich die EWG-Partner bis zum 31. Dezember 1963 auf eine gemeinsame Agrar-Marktordnung einigen oder die EWG habe zu existieren aufgehört, hieß es in Bonn allenthalben, auch in Paris und Brüssel werde eine Suppe nicht so heiß gegessen, wie man sie kochte. Auf mehreren Pressekonferenzen ließ die Bundesregierung durch ihre Sprecher mitteilen, ihr sei von einem "Ultimatum" de Gaulles nichts bekannt, und es hätte nicht viel gefehlt, daß man Kenner der Absichten des Gaulles, die auf dessen seit Jahrzehnten bekannte Zielstrebigkeit in eigener Sache hinviesen, als Saboteure der deutsch-französischen Freundschaft hinstellte.

Berichte, die von der deutschen Botschaft in Paris über Absichten der französischen Europa-Politik nach dem 31. Dezember 1963 an das Auswärtige Amt in Bonn gelangten, fanden keine Beachtung. In einem Falle wurde sogar mehreren Beamten untersagt, bei Umgehung des Dienstweges Meldungen an diejenige Stelle zu bringen, die allein befugt gewesen wäre, rechtzeitig in Paris ein ernstes Gespräch über die nach dem 31. Dezember sich möglicherweise ergebende EWG-Situation zu führen. Auf dem Dienstwege konnten sie nicht ans Ziel kommen ...

Der neue Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard erklärte nach seinem Besuch bei Staatspräsident de Gaulle, es sei alles in bester Ordnung; vielleicht noch offenstehende Fragen könnten schnell bereinigt werden. Gleichzeitig aber wurde beim Auswärtigen Amt in Bonn bekannt, daß die französische Regierung ihrerseits eine Reihe von Maßnahmen einleitete, von denen Fachleute wußten, daß sie Vorbereitungen für bilaterale Verträge zwischen Frankreich und anderen Staaten nach dem 31. Dezember 1963 waren.

Nun ist am Dienstagabend dieser Woche in Brüssel die Bombe geplatzt. Der französische Landwirtschaftsminister Pisané betonte nachdrücklichst, de Gaulles Erklärung von Juli dieses Jahres sei tatsächlich als Ultimatum zu werten.

Es ist jetzt nicht der Augenblick, die sachlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der französischen und der deutschen Delegation in Brüssel bis ins Letzte darzulegen. Uns geht es vielmehr um die Überlegung, wie es möglich war, daß die deutsche Diplomatie trotz des deutsch-französischen Freundschaftsabkommens in eine derartig unzügliche Situation hineingeraten konnte. Das von Adenauer und de Gaulle zustande gebrachte bilaterale Freundschaftsabkommen zwischen Paris und Bonn sieht Konsultationen beider Regierung auf allen Ebenen ihrer politischen Aktivitäten vor.

Es muß die Frage gestellt werden, ob man die vertragsmäßig abgesicherten Konsultationsmöglichkeiten auch tatsächlich ausgenutzt hat. Ferner muß klargestellt werden, ob es richtig ist, was hervorragende deutsche Kenner der Materie in Brüssel behaupten, nämlich, daß die Bundesregierung den gesamten Problekomplex der europäischen

Agrarwirtschaft monatelang vor sich hergeschoben hat. Dieser Eindruck wurde noch dadurch bekräftigt, daß zu Beginn der letzten Ministerratssitzung kein einziger deutscher Minister an den Verhandlungen in Brüssel teilgenommen hat.

Was nützen unter diesen Umständen alle Sonntagsgreden über die deutsch-französische Verständigung, wenn man eines Tages hören muß, daß ein monatelang als nicht vorhanden bezeichnetes Ultimatum nun doch ein Ultimatum ist. Allein die Tatsache, daß es trotz des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages dahin kommen konnte, ist ein Hinweis auf die Notwendigkeit, Methoden und Arbeitsweise unserer Diplomatie sehr ernst zu überprüfen.

+ + +

Pyrrhussieg

Kriegsopfer wurden von Regierungsmehrheit überrollt

Bis zur letzten Minute hatten Optimisten gehofft, CDU/CSU und FDP im Bundestag würden sich dazu aufraffen, der von ihren eigenen Parteiländern im Bundestagsausschuß für Kriegsopferfragen geübligten Gesetzesvorlage auch im Plenum zuzustimmen. Hier und dort hatten noch am Dienstagabend Abgeordnete der Koalitionsparteien eine solche Möglichkeit durchblicken lassen. Die Hoffnungen der Optimisten wurden enttäuscht; CDU/CSU- und FDP-Fraktion stimmten gegen den entsprechenden SPD-Antrag und dokumentierten damit, daß sie freiwillig auf das vornehmste Recht des Abgeordneten, in einer wichtigen Frage auch die Haltung der Regierung zu mißbilligen, verzichtet hatten. Diese Haltung steht diametral im Gegensatz zu Versprechungen, die in den vergangenen Wochen und Monaten viele Abgeordnete der Regierungsparteien in ihren Wahlkreisen den Wählern gegeben haben.

Wenig als Sprecher der stärksten Regierungspartei, der CDU/CSU, der Abgeordnete Rainer B a r z e l wieder einmal den alten Ladenhüter vor der angeblichen Gefährdung der D-Mark hervorholte, die durch die Bewilligung des Antrags des Kriegsopferausschusses zu erwarten sei, dank muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die s e Art von Argumentation volkswirtschaftlich und finanzpolitisch einfach unseriös ist. Und demagogisch ist es, wenn derselbe Mann behauptet, seine Partei brauche ihre positive Einstellung zur Kriegsgeneration nicht zu beweisen. Mit derartigen billigen Redensarten wird das moralisch und juristisch gerechtfertigte Anliegen der deutschen Kriegsopfer in einer Art behandelt, die nicht seinem Niveau entspricht.

Bundeskanzler Erhard und die hinter ihm stehenden Parteien haben einen Pyrrhussieg errungen. Ihr Verhalten ist geeignet, das Vertrauen von Millionen unserer Mitbürger in die von mehreren CDU-Regierungen gegebenen Versprechungen zu erschüttern. D i e s e s Ergebnis ist in seiner staatspolitischen Bedeutung noch erschütternder als das Zahlenspiel, das bei der Diskussion um die Regelung der Kriegsopferversorgung von den Regierungsparteien aufgeführt wurde.

+ + +

Legitimes Anliegen der Heimatvertriebenen

Mitarbeit an den Vorbereitungen zum Friedensvertrag
Eine Forderung der Pommerschen Landsmannschaft

sp - Bei dem kürzlich zwischen dem SPD-Präsidium und dem Vorstand der Pommerschen Landsmannschaft geführten Gespräch zeigte sich, daß es heute nicht mehr genügt, Rechtsansprüche zu proklamieren, so wichtig und richtig sie auch sein mögen. Allenthalben setzt sich bei den Heimatvertriebenen die Erkenntnis durch, daß auch deutscherseits Beiträge zur Vorbereitung eines Friedensvertrages geleistet werden müssen.

Niemand gibt sich hierbei der Illusion hin, eine solche Arbeit könnte schnell zu Ergebnissen führen. Es ist jedoch bemerkenswert, wie intensiv auch jüngere Heimatvertriebene ihren Willen kundtun, Realitäten in Rechnung zu stellen und zu helfen, schablonenhafte Vorstellungen der Vergangenheit, wie sie hier und dort gelegentlich anklingen, dem heutigen europäischen Geschichtsbild anzupassen.

Das ist ein gutes Zeichen, es läßt sicher erkennen, wie stark der Wunsch auch bei den Heimatvertriebenen ist, ihr eigenes Schicksal mit dem der gesamten Nation und mit dem Schicksal Europas zu verbinden.

Ohne Zweifel ist dieses Drängen nach Mitarbeit der Heimatvertriebenen zum Teil das Ergebnis der richtigen Selbsteinschätzung ihrer Leistungen für den Wiederaufbau im freien Teil Deutschlands. Die Heimatvertriebenen haben - als Ganzes gesehen - die Spekulation Stalins zunichte gemacht, die offenbar darin bestand, durch das Einwiepressen von Millionen ihrer Heimat beraubter Menschen in den Westen politische Sprengladungen anzulegen. Der ökonomischen Leistung folgte die geistige Mitarbeit der Heimatvertriebenen im demokratischen Staat, die ihren Ausdruck darin fand, daß die vom Kommunismus erhoffte Radikalisierung der Entwurzelten nicht eintrat.

Achtzehn Jahre nach Kriegsende regt sich nun, deutlich sichtbar, das Gefühl der Mitverantwortung im weitesten Sinne des Wortes. Daher der Wunsch, auch der Pommerschen Landsmannschaft, ihre Kenntnisse politischer und ethnischer Zusammenhänge in deutsche Beratungen zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit einzubringen. Das ist ein legitimes Anliegen, das von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands voll unterstützt wird.

Treffpunkt für Politik und Wissenschaft

Von Rudolf Grüner - München

"Wir wollen nicht die vorhandenen Akademien um eine weitere vermehren", sagte Waldemar von Knoeringen bei der feierlichen Einweihung des Neubaus auf dem Aspenstein. Die Vollmar-Schule solle ihre besondere Note als Bildungszentrum der bayerischen Sozialdemokratie beibehalten. Jedoch: Mehr als bisher werde diese Stätte der Begegnung nunmehr der Ort sein, an dem sich führende Männer der Wissenschaft zu eingehenden Gesprächen mit den Praktikern der Politik zusammenfinden.

Es war, dem äußeren Bild nach, eine stimmungsvolle Familienfeier: Draußen, vor der Glassfront des Hörsaals, die winterliche Landschaft, verschneite Tannen, der weite Blick über den Kochelsee. Drinnen ein Bläserquartett der Ponzberger Bergmarnkapelle, örtliche Prominenz mit dem Tölzer OSU-Landrat an der Spitze, das Hauspersonal der Schule. Stuhl an Stuhl mit den führenden bayerischen Sozialdemokraten, dazu noch eine Delegation der SPÖ mit Nationalrat Götsch aus Zürich, die Geschenke überreichte. Götsch betonte, daß die Schweizer Sozialdemokraten mit einem gewissen Neid auf diese Schule und auf die fortschrittliche Bildungsarbeit der deutschen Parteifreunde blickten. Vor allem die Arbeit Waldemar von Knoerings für die Erforschung der geistigen Grundlagen der heutigen Gesellschaft werde von den Sozialdemokraten der Nachbarländer als vorbildlich anerkannt. Der Landrat aus Bad Tölz hatte seinen Eindruck dahingehend zusammengefaßt, daß in Kochel nicht nur für eine politische Partei, sondern für die Demokratie gearbeitet werde.

In der vorangegangenen Jahreshauptversammlung des Vereins "Georg-von-Vollmar-Schule" war von Knoeringen erneut zum Vorsitzenden gewählt worden. Die Schule wurde in den 15 Jahren ihres Bestehens von 25.000 Schülern besucht, 550 Veranstaltungen wurden bisher durchgeführt. Die kontinuierliche Arbeit mit Grundkursen, Sonderkursen und Wochenendtagungen wird, bei nun modernsten technischen Voraussetzungen, weitergehen. Daneben aber soll an jene Tradition angeknüpft werden, die die Vollmar-Schule sich als Geburtsstätte geistiger Initiativen bereits erworben hat: Auf Schloß Aspenstein entstand z.B. der erste Entwurf für das Bundesländer-Abkommen über die Errichtung des "Deutschen Wissenschafts-Rates". Auch die Tutzingener "Akademie für politische Bildung" hatte hier ihren Ausgangspunkt.

Der bisherige Lehrsaal im alten Schloßchen Aspenstein soll nach seiner Umwandlung in einen stilvollen "Gesprächsraum" die eigentliche "geistige Gebärde", wie von Knoeringen es formulierte, werden. Hier werden sich, in Stille und Abgeschiedenheit und mit dem Blick auf eine wunderschöne Bildertuchlandschaft, bald Wissenschaftler und Politiker die Köpfe heißreden über die brennenden Fragen unserer Zeit, über die Bedeutung der Kybernetik etwa, oder über die moralischen Fundamente einer Politik im Atomzeitalter. Hier soll versucht werden, im Gespräch von Mensch zu Mensch die Kluft zu schliessen, die weithin zwischen einer fest eigengesetzlichen Wissenschaft und einer in konservativen Formen verharrenden Politik entstanden ist. Es wird, in neuer Sicht, wieder um den Menschen gehen.

Mao Tse-tung rief, und alle, alle kamen ...

Das Treffen der "kapitalistischen Imperialisten" in Peking
Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

* In einer die westlichen Beobachter überraschenden Demonstration rückte die Delegation der Volksrepublik China auf dem Warschauer "Weltfriedensrat" vor wenigen Tagen von sowjetischen und polnischen Angriffen auf die "kapitalistische, kriegstreiberische" Bundesrepublik Deutschland ab. Allein die "US-Imperialisten" seien die wahren Störer des Friedens. Mao Tse-tung ließ noch einmal auf den verhassten Chruschtschow einschlagen. Nur jener verhindere es, daß die Proletarier aller Länder endlich vereint den Erbfeind der Arbeiter- und Bauernklasse zu Boden zwingen. So ermüdend auch die Auseinandersetzung im roten Block geworden ist, Maos jüngste Attacke kam nicht von ungefähr. China, ständig in "großen Sprung nach vorn" begriffen, sah sich gezwungen, die Hilfe der "Imperialisten" zur Überwindung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten anzurufen. Die folgende Analyse unseres Korrespondenten untersucht den Wandel der Taktik der Oligarchie von Tien An Men zu Peking.
Die Redaktion

De Gaulles-Freund Faure bei Mao

Mitte November 1963 begegnete Mao Tse-tung in Shanghai dem Ministerpräsidenten der vierten französischen Republik, dem Freund de Gaulles, Monsieur Edgar Faure. Mao fand sich zu einem "Sondierungsgespräch" bereit. Welcher Art es im einzelnen war, darüber später mehr.

Mao Tse-tung führte eine solche Unterhaltung in jüngster Zeit nicht zum ersten Mal. Seit Monaten drängen sich vor den Tien An Men Japaner, Briten, Schweden, Italiener, Franzosen, Kanadier, Australier, kurz, vor immer ein industrielles Potential hinter sich weiß, um mit den Beamten der chinesischen, ungemein verzweigten Ministerbürokratie zu verhandeln.

Japan war zuerst da

Mao Tse-tung hatte gerufen, und alle, alle aus dem Westen kamen. Um was ging es? Die Russen, durch Jahrhunderte "die Pest von Asien" genannt, hatten "perfide Hunderte von Verträgen zerrissen" und ihre Hilfeleistungen an die renitenten kommunistischen Chinesen eingestellt. Der Westen sollte nunmehr für die Sowjets in die Bresche springen. Als erste waren indessen die Japaner zur Stelle, die einstigen "Kettenhunde der Imperialisten". Die Söhne Nippons, klug und voll Voraussicht, hatten lange vor den Abendländern die Bedeutung des Marktes des unterentwickelten 750 Millionen-Volkes nicht vor ihren Inseln erkannt. Nach der Bestandsaufnahme des Inventars der Produktionen Chinas, nach Festlegung dessen, was zu ergänzen war, und der auf langfristige Ziele gesetzten Zahlungsmodalitäten, begannen die Lieferungen zugleich mit einer achtunggebietenden Industrieausstellung Japans und erreichten schon 1962 einen jährlichen Handelsaustausch im Werte von 100 Millionen US-Dollar.

Der Westen zieht nach

Damit wiederum konnten sich die Briten bei weitem nicht messen. Ihr Außenhandel mit China lag im Schnitt fast um die Hälfte niedriger. Nunmehr aber wollten sie das Versäumte aufholen. So trafen sie denn im Herbst 1963 die Vorkehrungen zur Eröffnung einer britischen Leistungsschau in Peking, und in den Kreditwünschen der Chinesen gingen sie auf Ziele von 15 Jahren ein. Gleich entgegenkommend zeigten sich die Skandinavier und ein wenig zögernder die Franzosen; inzwischen aber meldeten sich auch die Amerikaner, die "US-Imperialisten". Der Präsident der Handelskammer-Assoziation der USA forderte noch die Kennedy-Administration zu einer Revision ihrer Politik gegenüber "dem Kontinent China" auf. Die amerikanischen Exporteure wünschten, daß die zugeschlagene Tür nach China wieder geöffnet werde. Die Regierung der USA weigerte sich indes, das Embargo aufzuheben.

Inzwischen war General de Gaulle, auf die Betonung der Freiheit seiner Entschlüsse bedacht, den Amerikanern zuvorgekommen. Französische Industrielle waren bereits im Spätsommer 1963 nach Peking aufgebrochen, da ihnen chinesische Emissäre einige Monate vorher während einer Reise durch die Zentren der französischen Schwerindustrie den Weg dorthin geebnet und gewiesen hatten. Und schließlich flog Edgar Faure ins rote Reich der Mitte. Mao Tse-tung erklärte ihm im Laufe des "Sondierungsgesprächs", daß die Volksrepublik China jedoch nur dann auf diplomatische Beziehungen mit Frankreich Wert lege, wenn die französische Regierung zuvor ihre Bande in Formosa löse. Das wiederum schien Monsieur Faure zuviel verlangt. Auch General de Gaulle, so wurde bekannt, erwäge derzeit solche Schritte nicht. Gleichviel brachte Edgar Faure das Einverständnis der Oligarchie von Tien An Men nach Hause, daß in Frankreich und China ständige Handelsmissionen errichtet werden. In den Katalog der von China gewünschten Importgüter wurden Stahlröhren aufgenommen, ein Rubrum heikler Art. Waren und sind sie von strategischer Bedeutung oder nicht?

Auch Exporteure aus der Bundesrepublik

Am Schluß des Stellideneins in Peking ließen sich endlich auch bundesdeutsche Exporteure sehen. Sie nahmen die gleiche Aufzählung von Kaufwünschen der Chinesen wie schon die Franzosen entgegen: Walzstraßen, Apparaturen der Automation, Bergwerksausrüstungen, Flugzeuge für den zivilen Luftverkehr, Chemikalien, Kunststoffe, Werkzeugmaschinen und vieles andere mehr. Chinas Bedarf kannte keine Grenzen. Was der eine nicht liefern wollte, würden die kommunistischen Söhne der Han von anderen kaufen. Die Röaren beispielsweise ohne Schwierigkeiten von den Briten, die längstens auch schon Flugzeuge nach Rotchina geliefert hatten. Vor sechs Jahren, 1958, waren die Ausfuhren der Bundesrepublik aus China schlagartig von 200 Millionen DM Wert auf rund 700 Millionen gestiegen. 1962 aber hatten sie nur noch den Betrag von 124,5 Millionen DM erreicht. Die Einfuhren der Bundesrepublik nach China aber waren im vergangenen Jahr um rund 32 Millionen DM niedriger gewesen. Die Frage blieb zunächst offen: In welchem Maße würde die deutsche Wirtschaft ihre Kredite erhöhen? Dazu erklärte einer der deutschen Industriellen er kehrte vor kurzem aus Peking zurück - "Wenn wir uns nicht mehr als bisher rühren, werden uns die Japaner, Briten und Franzosen den Rahm von der Milch Löffeln!" - Offenbar aber liegt Mao Tse-tung daran, daß wir uns entsprechend rühren. Wohl auch deshalb wieser die Chinesen in Warschau die Attacken der Sowjets auf die Bundesrepublik ab.